

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 11.09.2012	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Personalamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2012/0335 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger: Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Abschluss einer Dienstvereinbarung über die Anwendung des DGUV Grundsatzes G 25 (Arbeitsmedizinische Untersuchung bei "Fahr-, Steuer- und Überwachungstätigkeiten")

Vorlage vom: 05.09.2012

Beschlussvorschlag:	
1. Der Magistrat nimmt vom Abschluss der Dienstvereinbarung über die Anwendung des DGUV Grundsatzes G 25 (Arbeitsmedizinische Untersuchung bei „Fahr-, Steuer- und Überwachungstätigkeiten“) Kenntnis und stimmt dem Abschluss der Dienstvereinbarung zu. 2. Die Rechte nach dem HPVG und HGIG wurden gewährt.	
Anlagen:	Dienstvereinbarung G25 31052012 DV 25 Anhang 05092012
Datenschutzrelevante Anlage:	☐

Folgekosten:	☐ Ja	☐ Nein
---------------------	-----------------------------	-------------------------------

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 5. September 2012

Aufgrund der Empfehlungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) soll die nachfolgende Dienstvereinbarung über die Anwendung des DGUV Grundsatzes G 25 (Arbeitsmedizinische Untersuchung bei „Fahr- Steuer- und Überwachungstätigkeiten“) abgeschlossen werden. Der Entwurf wurde vom städtischen Arbeitsschutzkoordinator unter Beteiligung der zum Zeitpunkt der Erarbeitung zuständigen Betriebsärztin Frau Dr. Fischer erstellt und in gemeinsamen Gesprächen mit Vertreterinnen/Vertretern des Gesamtpersonalrats, des Personalrats und des Personalamtes abgestimmt. Im Beteiligungsverfahren nach dem HPVG hat der Gesamtpersonalrat dem Abschluss der Dienstvereinbarung zugestimmt. Die Frauenbeauftragten aller Dienststellen der Wissenschaftsstadt Darmstadt wurden ebenfalls beteiligt und haben keine Einwände.

Darmstadt, den 5. September 2012

I/11-4

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Anlagen